

„Wir sind das Volk“

Vertiefung



Inhalt

Einführung

1. Karikatur

- G. Seyfried im „grenzfall“: „Die Gedanken sind frei“

2. Dokumente zum Demokratieverständnis in der DDR

- Wahlzettel 1989
- Definition der „bürgerlichen Demokratie“, 1974

3. Dokumente zu Wahlen in der DDR

- Information der Stasi zur Wahl in der Gemeinde Diedersdorf, 17.4.1984
- IM-Bericht zum Ablauf der Wahl in Menz, 7.5. 1989

4. Dokumente zur Friedlichen Revolution

- Der letzte Jahresbericht der Stasi-Hauptabteilung „Untersuchung“, 1988 (Auszug)
- Rede von Egon Krenz zur Wende in der Politik der SED, 18.10.1989

Einführung zur Friedlichen Revolution in der DDR

Seit den 1980er Jahren waren überall in der DDR kleinere Oppositionsgruppen entstanden, die sich gegen Zensur, Zwang und Bevormundung, für Umweltschutz, Menschenrechte und Frieden engagierten. Im Mai 1989 bewiesen unabhängige Wahlbeobachter aus dem Kreis der Oppositionellen erstmals eine Wahlfälschung in der DDR. Das SED-Regime (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) versuchte zunächst, die Proteste zu unterdrücken. Zahlreiche Oppositionelle wurden eingeschüchtert, verhaftet oder des Landes verwiesen.

Ermutigt durch die Reformpolitik der Sowjetunion und Reformen in anderen sozialistischen Staaten ließen sich die Protestierenden jedoch nicht mehr mundtot machen – und mehr und mehr Menschen schlossen sich ihnen an. Nach zunächst bescheidenen Anfängen demonstrierten am 9. Oktober 1989 in Leipzig bereits mehr als 70.000 Menschen für Reformen und freie Wahlen.

Am 18. Oktober 1989 trat der langjährige Partei- und Staatschef Erich Honecker von seinen Ämtern zurück. Doch die Wahl von Honeckers Vertrautem Egon Krenz überzeugte die Kritiker nicht vom Reformwillen der Regierungspartei SED. Krenz' Versprechen, die Partei habe den Geist der Zeit erkannt und werde nun „die Wende“ einleiten, beendete die Proteste nicht.

Der Fall der Mauer

Am 9. November 1989 verkündete Regierungssprecher Günter Schabowski einen „unverzüglich, sofort“ in Kraft tretenden Beschluss des Ministerrats: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Voraussetzungen [...] beantragt werden [...]. Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD beziehungsweise zu Berlin (West) erfolgen“. Noch im Laufe des Abends strömten tausende DDR-Bürger an die Grenzübergangsstellen und forderten die Einlösung der - missverstandenen - Ankündigung, Privatreisen seien ab sofort ohne Voraussetzungen möglich. Dieser Ansturm und das Ausbleiben eindeutiger, anderslautender Anweisungen bewogen die Grenzsoldaten schließlich, die Grenzübergänge zu öffnen.

Das Ende der DDR

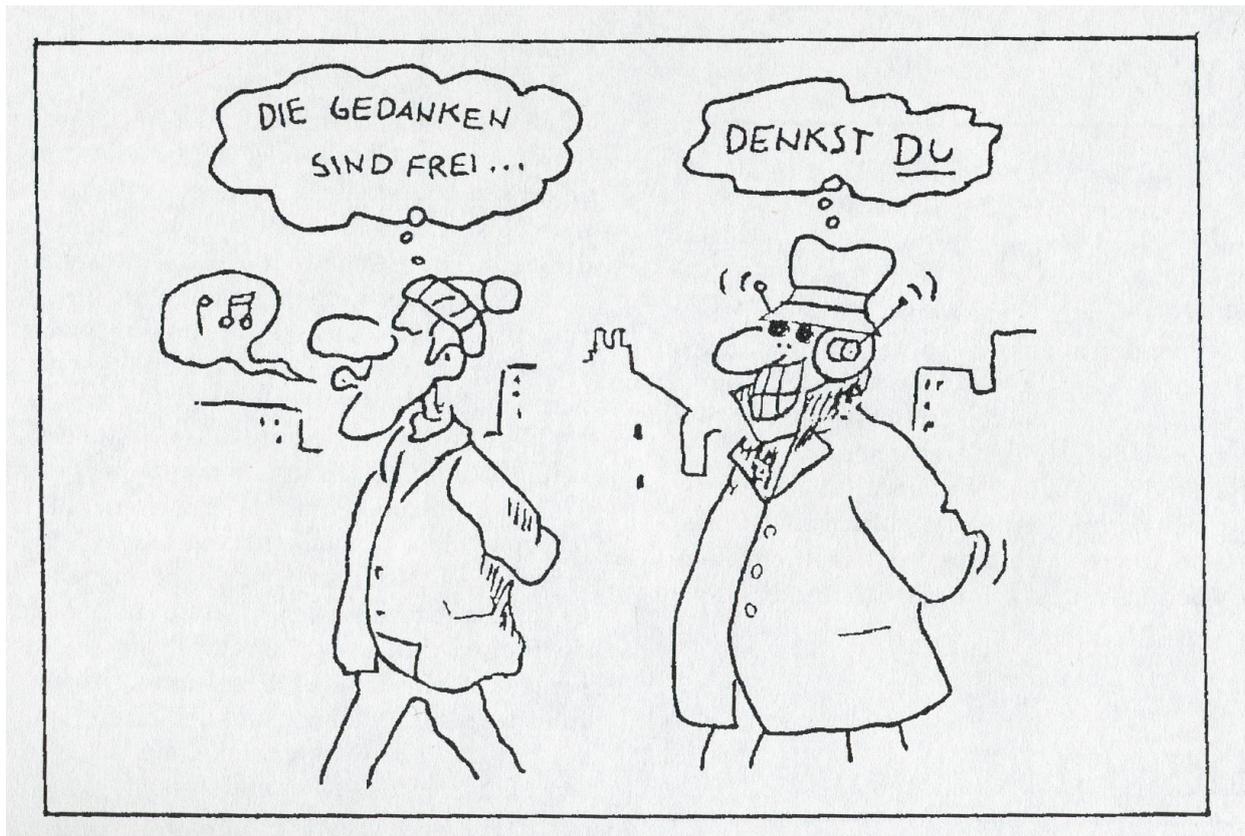
Spätestens die Maueröffnung machte Reformen in der DDR nun unumgänglich. Nach polnischem Vorbild erwirkten Vertreter von Bürgerrechtsbewegungen einen so genannten „zentralen runden Tisch“ um auf höchster Ebene an den Beratungen über die politische Zukunft der DDR teilzunehmen. „Runde Tische“ bildeten sich aber auch auf kommunaler Ebene. Ein erster Beschluss des zentralen runden Tisches war die Entscheidung zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit, ein letzter die Empfehlung, der DDR eine neue Verfassung zu geben und sie dadurch zu dem Land zu machen, für das viele Reformer jahrelang gekämpft hatten. Aus den ersten freien Wahlen in der DDR ging am 18. März 1990 die „Allianz für Deutschland“ als Sieger hervor, in der sich CDU, Deutsche Soziale Union (DSU) und Demokratischer Aufbruch (DA) zusammengefunden hatten. Sie stand für die möglichst rasche Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik.

Am 3. Oktober 1990 traten die im Sommer 1990 gegründeten „fünf neuen Länder“ der DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. Die DDR wurde Geschichte.

Die Dokumente der Arbeitsblätter zeigen das Demokratieverständnis der DDR-Machthaber und Berichte von inoffiziellen Stasi-Mitarbeitern zu Wahlen in der DDR. Der letzte Jahresbericht der Hauptabteilung Untersuchung zeigt außerdem das Rechtsverständnis des Ministeriums für Staatssicherheit und dessen Stolz auf die „flexible Anwendung des Rechts“. Die „Wende“-Rede von Egon Krenz am 18. Oktober 1989 beweist schließlich, wie weit sich 1989 die SED-Führung von der gesellschaftlichen Realität in der DDR entfernt hatte. Die Arbeitsblätter können in **Einzel- oder Partnerarbeit** erarbeitet, anschließend die Ergebnisse präsentiert oder in der gesamten Klasse diskutiert werden.

1. Karikatur

G. Seyfried im „grenzfall“: „Die Gedanken sind frei“



(Quelle: BStU, MfS, HA XX, 19453, Bl. 95)

Die Zeitschrift „grenzfall“ war ein in der DDR nach Vorbildern in der Sowjetunion so genanntes Samisdat-Produkt, d.h. eine im Selbstverlag und gegen den staatlichen Willen herausgegebene Broschüre. Sie wurde seit 1986 mit einfachsten Mitteln in Privatwohnungen und in den Räumen der „Umweltbibliothek“ in der Zionskirche in Ost-Berlin illegal gedruckt.

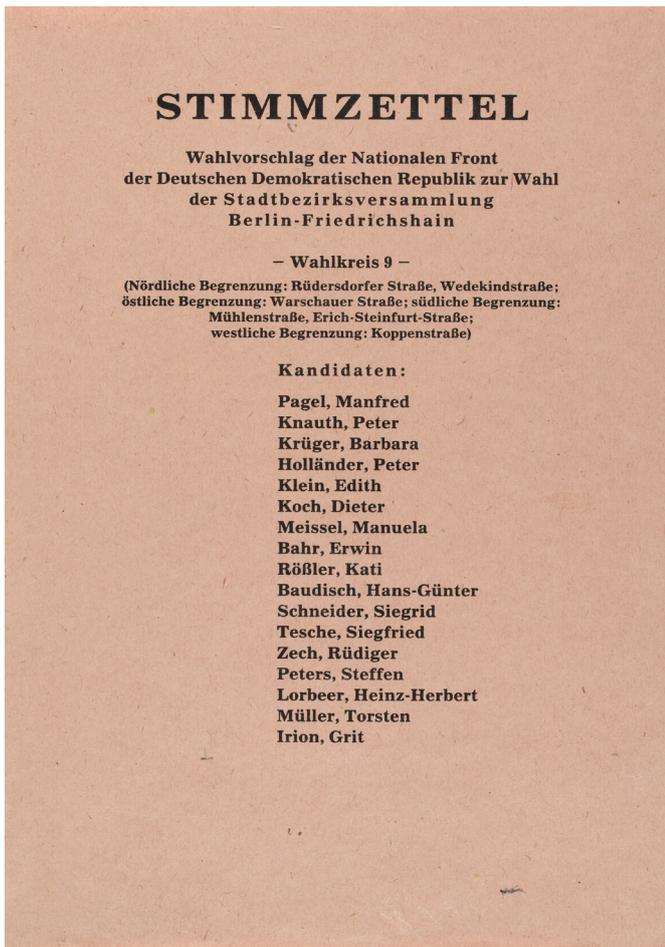
Heft 5/87 zeigt als Titelbild eine Karikatur des westdeutschen Zeichners Gerhard Seyfried. Er karikierte damit die Überwachung westdeutscher Linker durch bundesdeutsche Polizei und Verfassungsschutz.

Aufgabenteil

- Beschreiben und interpretieren Sie die Karikatur.
- Recherchieren Sie im Internet über die Zeitschrift „grenzfall“. Welche Konsequenzen konnte eine oppositionelle Meinungsäußerung in der DDR haben?
- Ist es Ihrer Meinung nach politisch vertretbar, dass „grenzfall“ eine Karikatur verwendet, die ursprünglich einen anderen Zusammenhang betraf?

2. Dokumente zum Demokratieverständnis in der DDR

Wahlzettel 1989



Wahlzettel zur Kommunalwahl 1989
(Quelle: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland)

Definition der „bürgerlichen Demokratie“

„bürgerliche Demokratie: Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie über die Mehrheit des Volkes. Die b.D. wird formell durch das Bestehen gewählter Einrichtungen im System der höchsten Staatsorgane und durch in der Verfassung verankerte bürgerliche Rechte und Freiheiten der Bürger gekennzeichnet. [...] In der auf dem kapitalistischen Eigentum an Produktionsmitteln beruhenden b.D. bleibt reale Demokratie für die Mehrheit des Volkes immer eine Illusion. [...]“

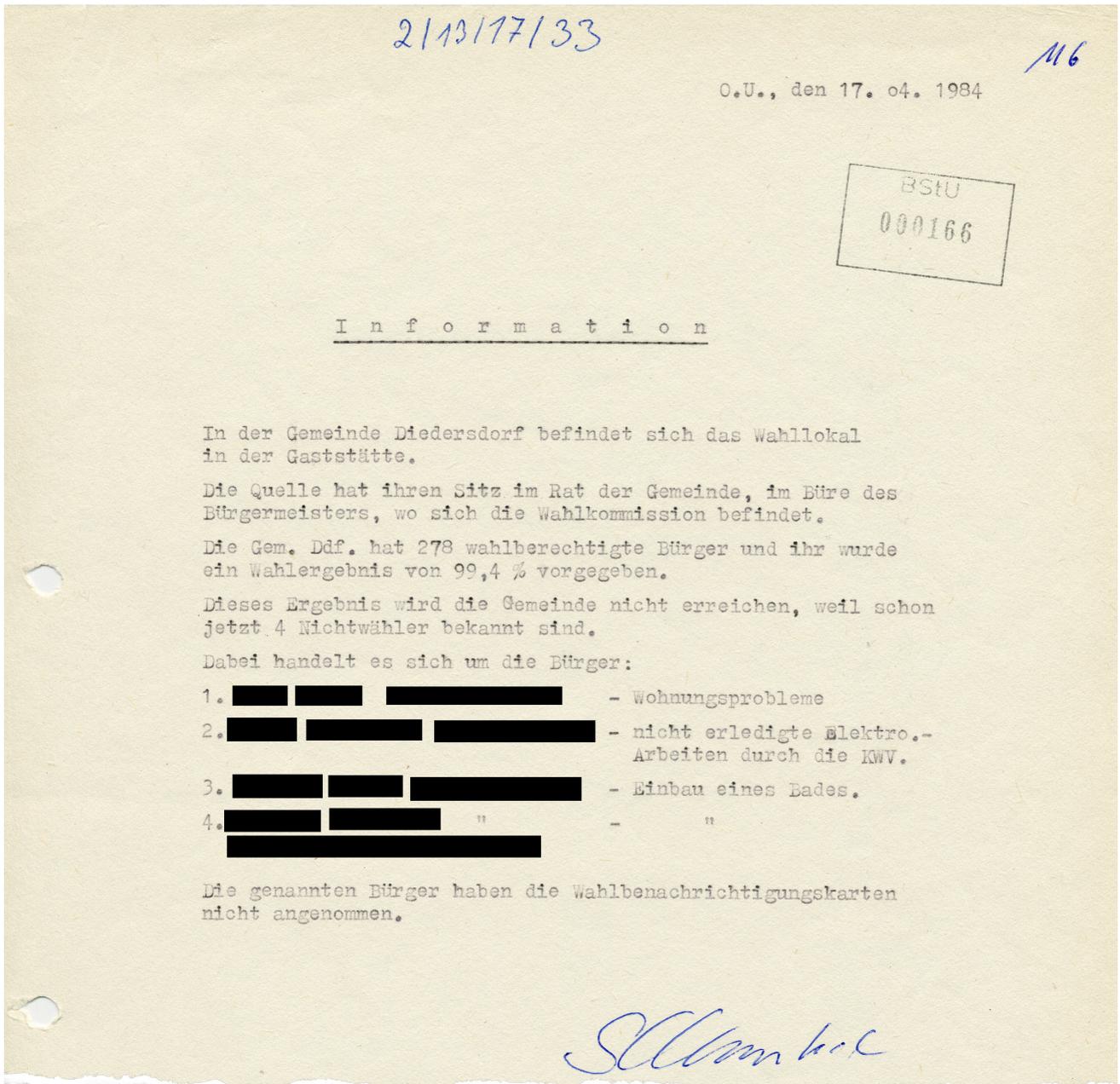
(Quelle: Wörterbuch zum sozialistischen Staat, Dietz-Verlag [Ost-]Berlin 1974, S. 54 f.)

Aufgabenteil

- Informieren Sie sich im Internet oder Ihrem Schulbuch über das Wahlsystem in der DDR. Finden Sie insbesondere heraus, welche Rechte und Pflichten Wähler und Kandidaten jeweils hatten.
- Wählen gehen in der DDR hieß im Volksmund auch „Zettel falten“. Erläutern Sie den Ausdruck und vergleichen Sie das Wahlsystem in der DDR mit dem Wahlsystem in der Bundesrepublik Deutschland.
- Erörtern Sie, weshalb die SED-Regierung Wert auf hohe Wahlbeteiligung und hohe Zustimmungswerte legte, obwohl ihr dieses Element „bürgerlicher Demokratie“ sonst wenig bedeutete.
- Die veröffentlichten, angeblich stets hohen Zustimmungswerte bei Wahlen in der DDR fanden seit langem nur noch wenig Glauben in der DDR-Bevölkerung. Begründen Sie, weshalb der Beweis gefälschter Wahlen dennoch eine wichtige Signalwirkung für die Opposition hatte.

3. Dokumente zu Wahlen in der DDR

Information der Stasi zur Wahl in der Gemeinde Diedersdorf, 17.4.1984



(Quelle: BStU, MfS, BV Potsdam, KD Zossen 192, Teil I, Band I, Bl. 166)

Erläuterung:

KVV

Kommunale Wohnungsverwaltung

Aufgabenteil

- Fassen Sie mit eigenen Worten zusammen, worum es in der „Information“ geht.
- Beurteilen Sie den Charakter der Wahl angesichts der in der Information genannten Fakten.
- Argumentieren Sie nach ihrem Wissen über die DDR, weshalb die vier Nichtwähler die angeführten Gründe für ihre Entscheidung nennen.

3. Dokumente zu Wahlen in der DDR

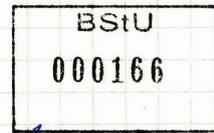
IM-Bericht zum Ablauf der Wahl in Menz, 7.5.1989 (Blatt 1/2)

KD - Gransee

107

8.5.89

Wahl am 7.5.89 = Meur



Ergebnis: Von 433 Wahlberechtigten wurden
429 gewählt

Von den 4 Nichtwählern sind 3 Zeugen Jehovas
und eine Frau die wegen Unregelmäßigkeiten
im Verhältnis mit der LPG [REDACTED]
nicht zur Wahl ging.

Gesamter Wahlablauf war sehr ruhig
und diszipliniert, der Einsatz aller war
sehr gut. Von Seiten des Kreises wurden
nicht negativ oder heftig eingegriffen.

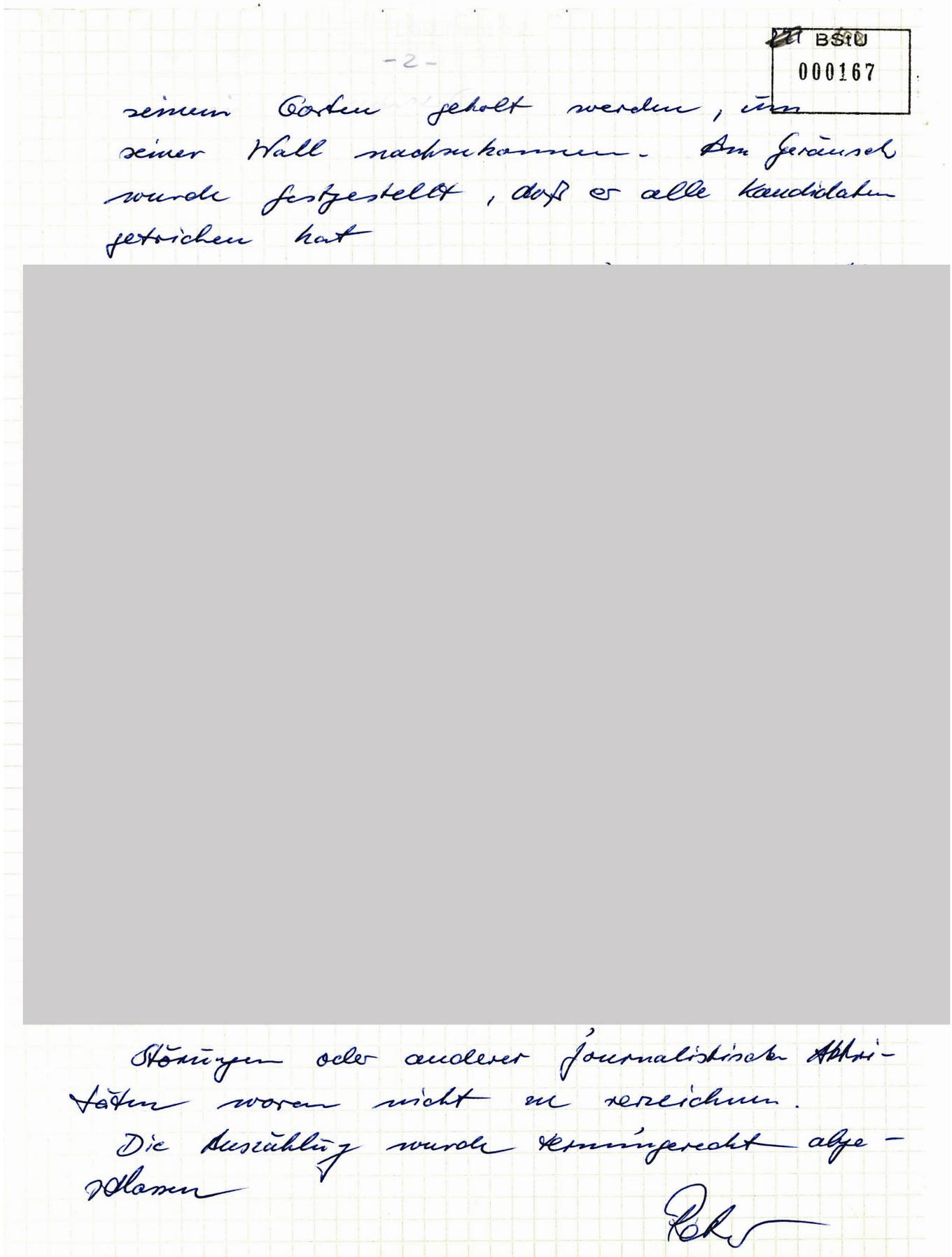
Auftreten einzelner Personen:

[REDACTED]: forderte an Stelle eines
Blustiftes in der Wahlkabine einen Kugelschreiber,
spendierte dann einen mit der
Aufschrift „Vertrauen wagen“ und wollte
aufpassen zu diskutieren im Wahllokal.
Forderung wurde abgewiesen und mit einem
Blustift weiter gemacht.

[REDACTED] (ehemaliger Parteivorsitzender der CDU in
Meur) musste erst von seinem jetzigen
Parteivorsitzenden am Nachmittag aus

3. Dokumente zu Wahlen in der DDR

IM-Bericht zum Ablauf der Wahl in Menz, 7.5.1989 (Blatt 2/2)



3. Dokumente zu Wahlen in der DDR

IM-Bericht zum Ablauf der Wahl in Menz, 7.5.1989 (Abschrift)

8.5.89

Wahl am 7.5.89 in Menz

Ergebnis: Von 433 Wahlberechtigten haben 429 gewählt

Von den 4 Nichtwählern sind 3 Zeugen Jehovas und eine Frau, die wegen Ungerechtigkeiten im Verhältnis mit der LPG [...] nicht zur Wahl ging.

Gesamte Wahlablauf war sehr ruhig und diszipliniert, der Einsatz aller war sehr gut. Von Seiten des Kreises wurde nicht negativ oder hektisch eingegriffen.

Auftreten einzelner Personen:

xxxx: forderte an Stelle eines Bleistiftes in der Wahlkabine einen Kugelschreiber, spendierte dann einen mit der Aufschrift „Vertrauen wagen“ und wollte anfangen zu diskutieren im Wahllokal. Forderung wurde abgewiesen und mit einem Bleistift weiter gemacht.

yyyy: (ehemaliger Parteivorsitzender der CDU in Menz) musste erst von seinem jetzigen Parteivorsitzenden am Nachmittag aus seinem Garten geholt werden, um seiner Wahl nachzukommen. Am Geräusch wurde festgestellt, dass er alle Kandidaten gestrichen hat.

[...]

Störungen oder andere journalistische Aktivitäten waren nicht zu verzeichnen. Die Auszählung wurde termingerecht abgeschlossen.

Unterschrift

(Quelle: BStU, MfS, BV Potsdam, KD Gransee 196, Bl. 166, 167)

Erläuterung:

LPG

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, Betriebseinheiten der verstaatlichten Landwirtschaft

Aufgabenteil

- Die Grundsätze einer Wahl in der Bundesrepublik Deutschland lauten, dass sie „frei, gleich und geheim“ sein soll. Begründen Sie, ob die geschilderte Wahl in Menz diesen Grundsätzen entspricht.
- Überlegen Sie, was für ein Weltbild des Beobachters darin zum Ausdruck kommt, dass er von „Störungen oder anderen journalistischen Aktivitäten“ spricht.
- Charakterisieren Sie die Quelle: Um was für ein Schriftstück handelt es sich? Welches Interesse hat der Autor, seine Beobachtungen aufzuschreiben? Weshalb befindet sich dieses Schriftstück in den Stasi-Unterlagen?
- Beschreiben Sie, wie Ihrer Meinung nach die Mitbestimmung in einer Republik geregelt werden sollte. Berücksichtigen Sie zentrale Fragen wie das Wahlalter, die Frage, ob die Nationalität oder der Wohnsitz eine Rolle spielen sollte, den Ablauf und die Umsetzung des Ergebnisses...

4. Dokumente zur Friedlichen Revolution

Der letzte Jahresbericht der Stasi-Hauptabteilung „Untersuchung“, 1988 (Auszug)

Die Anwendung des sozialistischen Rechts und die Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit durch die Linie IX waren auch 1988 darauf gerichtet, beizutragen, die sozialistische Ordnung und das friedliche Leben der Bürger gegen jeden Feind zu schützen, die Souveränität, die territoriale Integrität, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Sicherheit der DDR zu gewährleisten.

Die flexible, politisch wirksame Rechtsanwendung war möglich, weil es den Leitern und Parteileitungen gelang, das Verständnis der Angehörigen der Linie für die rechtlichen Erfordernisse aus der politisch-operativen Lage zu schaffen und ihre Fähigkeiten zu erweitern, auf streng gesetzlicher Grundlage mit dem Ziel zu handeln, sich dabei stets die Politik der Partei zur Richtschnur zu machen.

Die Potenzen des sozialistischen Rechts wurden in ihrer gesamten Breite und in ihren vielfältigen Differenzierungsmöglichkeiten noch wirksamer eingesetzt. Somit wurde beigetragen, im Rahmen der Verantwortung der Linie IX die innere Sicherheit der DDR unter allen Lagebedingungen zu gewährleisten und feindlich negative Kräfte nachhaltig zu disziplinieren. Stets wurde der Grundsatz beachtet, mit keiner Entscheidung oder Maßnahme die Politik der Partei zu stören. Auf streng gesetzlicher Grundlage sind alle strafprozessualen, strafrechtlichen, ordnungs- und anderen rechtlichen Möglichkeiten und Mittel genutzt worden, um Überraschungen von außen und im Innern zu verhindern, Gefahren und Schäden abzuwenden bzw. weitgehend einzugrenzen. Stets aufs Neue wurde überlegt, wie unter den konkreten Klassenkampfbedingungen welche politischen – einschließlich rechtlichen – Mittel einzusetzen sind, um stets eine hohe Effektivität der Entscheidungen zu sichern.

Konzentriert wurden die Anstrengungen und Aktivitäten auf die Bekämpfung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen der Übersiedlungersuchenden und auf die nachhaltige Disziplinierung dieser Personen sowie auf die Eindämmung von Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertritts. [...]

Auf vielfältige Weise arbeitete die Linie IX mit anderen operativen Dienststeinheiten bei der Klärung rechtlicher Fragen aus deren politisch-operativer Tätigkeit zusammen. Bei strikter Wahrung der Eigenverantwortung und unter Beachtung der unterschiedlichen staatsrechtlichen Stellung der am Prozess der Rechtsverwirklichung beteiligten Justiz- und Sicherheitsorgane erfolgte auch 1988 ihr enges Zusammenwirken auf hohem Niveau. Getragen von dem gemeinsamen Auftrag, beizutragen zur Durchsetzung der Politik der Partei, wurden in allen erforderlichen Fällen gemeinsame Standpunkte erarbeitet und deren wirksame Realisierung abgestimmt.

Dabei wurden alle grundsätzlichen Fragen der Rechtsanwendung und Rechtsverwirklichung in regelmäßigen Beratungen der Leiter und Stellvertreter der zentralen und bezirklichen Justiz- und Sicherheitsorgane geklärt.

Mit dem Ziel, 1989 mit wachsenden Leistungen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit der DDR unter allen Lagebedingungen beizutragen, auf streng gesetzlicher Grundlage alle rechtlichen Mittel und Möglichkeiten zu nutzen, um Überraschungen von außen und im Innern zu verhindern und Gefahren und Schäden abzuwenden bzw. weitgehend einzugrenzen, sind die dazu im Jahresarbeitsplan des Leiters der Hauptabteilung IX gestellten Aufgaben mit hoher Einsatzbereitschaft, politischem Augenmaß termin- und qualitätsgerecht zu erfüllen. [...]

Ständig ist zu prüfen, ob die geltenden rechtlichen Regelungen noch den Erfordernissen der politisch-operativen Lageentwicklung entsprechen, um gegebenenfalls auf notwendige Veränderungen hinzuwirken. Um nirgendwo Ansätze für eine fehlerhafte Untersuchungsarbeit zuzulassen, ist immer

wieder konkret zu prüfen, wo ist Wissen aufzufrischen, wo neues zu vermitteln.

Noch nachdrücklicher steht vor der Linie IX die Aufgabe, stets zu beachten, dass ihr Handeln auch internationalen Maßstäben gerecht werden muss.

(Quelle: Frank Joestel (Hg.), Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988, Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung, Dokumente, Reihe A, 128 Seiten, BStU, Berlin 2004, S. 85 f. http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Publikationen/Publikationen/E_joestel_verfolgung.pdf?__blob=publicationFile, Aufruf vom 18.11.2011)

Erläuterungen:

Hauptabteilung (Linie) IX

Untersuchungsabteilung der Stasi

4. Dokumente zur Friedlichen Revolution

Der letzte Jahresbericht der Stasi-Hauptabteilung „Untersuchung“, 1988

Internationale Maßstäbe

Nachdem die Sowjetunion signalisiert hatte, auf die Forderung westlicher Staaten nach mehr Rechtsstaatlichkeit einzugehen, wurden auch von den SED-Machthabern Zugeständnisse gemacht. Unter anderem wurde die bisherige Kriminalisierung Ausreisewilliger abgeschwächt. (Kommentar nach Frank Joestel, Strafrechtliche Verfolgung..., S.5 f.)

Aufgabenteil

- Wie sind das sozialistische Recht und seine Anwendung hier beschrieben?
- Was nennt die Hauptabteilung IX als Ziel ihres Wirkens?
- Erörtern Sie, wie die Stasi einerseits von einer „flexible[n], politisch wirksame[n] Rechtsanwendung“ sprechen kann und andererseits von der Arbeit auf „streng gesetzlicher Grundlage“.

4. Dokumente zur Friedlichen Revolution

Rede von Egon Krenz zur Wende in der Politik der SED, 18.10.1989

18. Oktober 1989, 9. Tagung des ZK der SED im Plenarsaal des ZK-Gebäudes in Berlin

Egon Krenz: [...] Fest steht: Wir haben in den vergangenen Monaten die gesellschaftlichen Entwicklungen in unserem Lande in ihrem Wesen nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Mit der heutigen Tagung des Zentralkomitees werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen. In der Kollektivität der Führung unserer Partei auf allen Ebenen liegt eine entscheidende Quelle unserer Kraft. [...]

Die Probleme in der Volkswirtschaft, im Binnenhandel und auf den Außenmärkten haben zugenommen. Es häuften sich ungelöste Fragen bei der bedarfs- und qualitätsgerechten Versorgung der Bevölkerung. Ungereimtheiten bei der Durchsetzung des Leistungsprinzips nahmen zu. Lohnpolitik, Subventionen und soziale Leistungen werden lebhaft diskutiert. Sorgen macht uns die Erhaltung der natürlichen Umwelt. Wo angestrebte Ideale schon als Errungenes angesehen werden und über den unbestreitbaren Erfolgen die Widersprüche des Lebens aus dem Blick geraten, da werden allerdings Initiativen gebremst. Wenn die Bürger unseres Landes als sachkundige und aufgeschlossene Partner von Partei und Staat wirken, wird selbst eine bittere Wahrheit zum gemeinsamen Handeln im gemeinsamen Interesse motivieren. Im übrigen: Bescheidenheit steht uns weit besser zu Gesicht als überzogene Selbstdarstellung. (Beifall) [...]

Wie sich zeigt, gewinnt die öffentliche Debatte auf der Suche nach den besten Lösungen für die weitere Ausgestaltung des Sozialismus in der DDR schnell an Substanz. Das wird niemand wunden, der im Gespräch mit den Bürgern, ob an ihrem Arbeitsplatz, im Freundeskreis, im Urlaub, bei vielen Gelegenheiten immer wieder ein stark entwickeltes staatsbürgerliches Bewusstsein, großen Sachverstand, politisches Interesse und politische Urteilsfähigkeit feststellen konnte. Darauf wollen wir auch in Zukunft setzen.

Die sozialistische Gesellschaft braucht die Debatte, weil sie eine aufgeklärte Gesellschaft ist. Sie braucht den wissenden, gut informierten Bürger, der aus eigenem freiem Willen für sein Gemeinwesen handelt. Sie braucht den Bürger, der in Entscheidungen, die ihn und sein Land betreffen, einbezogen sein will. Sie braucht den selbstbewussten und kritischen, den mündigen Bürger. Wir lassen uns von der festen Überzeugung leiten, dass alle Probleme in unserer Gesellschaft politisch lösbar sind.

Unsere Gesellschaft verfügt über genügend demokratische Foren, in denen sich die unterschiedlichsten Interessen der verschiedenen Schichten der Bevölkerung für einen lebenswerten Sozialismus äußern können. Die breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der DDR sollte jedoch von niemandem als Freibrief für verantwortungsloses Handeln missverstanden oder gar für Gewalt- und Zerstörungsakte missbraucht werden. Auf solche Handlungen kann es nur eine Antwort geben: Sicherung von Ruhe und Ordnung, der friedlichen Arbeit der Bürger, der Schutz der Werte, die wir alle geschaffen haben und für die wir alle gemeinsam zu bezahlen haben. [...]

(Quelle: SAPMO-BArch, Ton Y I/TD 737)

Erläuterung:

ZK der SED

Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das höchste Organ in der Parteistruktur zwischen den Parteitag. In der politischen Rangfolge standen die Mitglieder des ZK über den Ministern. Die ZK-Sekretäre und Abteilungsleiter waren gegenüber den staatlichen Ministern weisungsbefugt.

Aufgabenteil

- Recherchieren Sie die Zeitumstände und ordnen Sie die Rede von Egon Krenz in die Chronologie des Jahres 1989 ein.
- Recherchieren Sie die Biografie von Egon Krenz.
- Arbeiten Sie heraus, welche Grundannahmen Egon Krenz über das Leben und die Menschen in der DDR hat.